

nisieren Einkaufsreisen in die Türkei, wo die Banken auch wertlose Lewa-Scheine gegen türkische Währung tauschen.

Nur die rechte „Vaterländische Partei“ in Bulgarien mißtraut dem neuen Völkerfrühling. Ihr Vorsitzender droht, er werde nicht zulassen, daß der „Pantürkismus“ nach Bulgarien zurückkehre. Dem Westen warf er mangelnde Weitsicht vor: „Wir schützen schließlich Europa vor dem Expansionismus des Islam.“

Kein Zweifel: In die Balkan-Politik ist Bewegung gekommen. Es formieren sich erstaunliche neue Allianzen. Auf der einen Seite steht die Türkei mit Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Albanien, Mazedonien und Bulgarien im Bunde.

Auf der anderen Seite kämpft Serbien. Ihm fühlen sich nur Griechenland als alter Transitkunde sowie Rumänien verbunden. Die Regierung in Bukarest steht mit über zwei Millionen Ungarn im Land vor ähnlichen Problemen wie Belgrad und neigt selbst zu einer harten Behandlung von Minderheiten.

Inzwischen hat der serbisch-moslemische Gegensatz auf dem Balkan schon Weiterungen über die Region hinaus. Nach dem simplen Schema: Dein Feind ist auch mein Feind, hat sich die islamische Welt hinter die von Serben bedrohten Republiken gestellt. Saudi-Arabien versprach großzügige Aufbauhilfe für Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, Libyens Gaddafi drohte gar, die „Schakale von Belgrad“ zu bestrafen.

Israel aber, der gemeinsame Hauptfeind der panarabischen Welt, wurde damit an die Seite der Serben gedrängt, Milošević besonders herzlich nach Tel Aviv eingeladen. Nicht auszuschließen, daß Israel demnächst die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu einem Jugoslawien verkünden wird, das gar nicht mehr besteht.

Schande im Paradies

Wie eine Seuche breitet sich im reichsten Land der Welt die Armut aus.

Das ist eine Eiterbeule“, eckelt sich der Sekretär der Ladenbesitzer in der Glitzerwelt der Zürcher Bahnhofstraße vor den Bettlern draußen. Süchtig, Aids-krank, obdachlos hockt die Armut auf dem teuersten Pflaster der Stadt.

Solche Schwären auf dem helvetischen Luxuskörper machen die Behörden ebenso ratlos wie die Geschäftsleute. In Zürich ansässige Drogenabhängige erhalten neuerdings einen Ausweis, der ihnen einen Platz in einer Notschlafstelle und weitere Hilfe sichert. Auswärtige aber werden abgeschoben.

Doch das Elend im reichsten Land der Welt hat viele Gesichter. Soziale Not, die nichts mit Sucht zu tun hat, wuchert im verborgenen und dringt nur langsam in die Statistiken.

Das relative Gleichmaß der Wohlstandsverteilung gehörte bisher ebenso zum Schweizer Selbstbewußtsein wie die Ideologie der Selbstverantwortung. Deshalb empfinden viele Bedürftige auch den Gang zum Sozialamt als schwere Demütigung und als Eingeständnis einer Niederlage.

In den letzten Jahrzehnten galten als wirklich arm eigentlich nur kinderreiche Bergbauernfamilien, Behinderte oder Alte mit Minimalrenten. Nun aber ist Armut plötzlich nicht mehr ein mitleiderregendes Randgruppenphäno-

men, sondern Alltag für viele Erwerbstätige.

„Reichen 3600 Franken nicht mehr aus zum Leben?“ fragte unlängst der Zürcher *Tages-Anzeiger*. Eine alleinerziehende, berufstätige Mutter mit einem fünfjährigen Sohn komme damit nur knapp über die Runden, rechnete das Blatt vor – hauptsächlich wegen der hohen Wohnungskosten. Für ihre kleine, dunkle Zweizimmerwohnung in einem Neubau muß die 32jährige Frau monatlich 1706 Franken aufwenden. Sind die Fixkosten bezahlt, bleiben gerade 1000 Franken zum Leben.

Doch wirklich bedürftig ist die Frau nicht. Dem Durchschnitt der neuen Armen entspricht schon eher eine Basler Verkäuferin mit zwei Kindern. Sie arbeitet achteinhalb Stunden an fünf Tagen in der Woche und trägt doch bloß 2000 Franken nach Hause. Ohne Unter-



Bettler in Zürichs Bahnhofstraße
„Eine Eiterbeule“

stützung wäre sie nicht in der Lage, sich und ihre Kinder durchzubringen.

Andere trifft es noch schlimmer. In Genf, wo der Wohnungsmangel besonders schlimm ist, stieg die Zahl der Obdachlosen sprunghaft an. In den Notunterkünften sind die gewöhnlichen Stadtstreicher längst in der Minderheit.

In der teuren Uno-Stadt, so eine Gewerkschaftsstudie, braucht eine vierköpfige Familie ein Jahreseinkommen von wenigstens 75 400 Franken, um leidlich leben zu können. In der Maschinenindustrie verdient über die Hälfte der Beschäftigten aber weniger als 3500 Franken im Monat, im Baugewerbe sind die Verhältnisse ähnlich.

Noch trostloser ist die Lage in den Dienstleistungsbranchen. Da die Schweiz keine gesetzlichen Miniallöh-



Obdachlose in Zürcher Telefonzellen: Viele Gesichter des Elends

ne kennt, jobben dort Zehntausende nicht organisierter Arbeitnehmer mit Monatseinkommen von deutlich unter 2500 Franken.

Eine soziologische Studie der Universität Basel bezeichnet 15 Prozent der Wohnbevölkerung aufgrund ihrer Lebensverhältnisse als arm, weitere 10 Prozent sind von Armut bedroht, insgesamt 44 Prozent gehören laut Steuerstatistik zu den Schwachverdienenden. Untersuchungen in den Kantonen Tessin, Neuenburg und Wallis bestätigen diese Befunde.

Selbst vorsichtige Experten schätzen, daß mindestens 600 000 Personen im vermeintlichen Paradies unter dem Existenzminimum leben müssen. Dies sei, findet Georges Enderle, Wirtschaftsethiker an der Hochschule St. Gallen, „eine Schande für die Schweiz“.

Bei den Wirtschaftsverbänden sieht man das anders. Sie halten die Armutsstudien, wie der Basler Arbeitgeberfunktionär Geza Teleki rügt, für „nicht repräsentativ“ und eröffnen sofort einen polemischen Gutachterstreit.

Teleki bemängelt vor allem, daß die Soziologen all jene als arm bezeichnen, die staatliche Unterstützung beanspruchen können. „Dabei verhindert die Sozialhilfe doch gerade, daß die Leute arm werden.“

Die steigende Zahl der Hilfesuchenden belegt allerdings die wachsende Not. In Basel, das über ein besonders eng geknüpft soziales Netz verfügt, wuchs die Zahl der Fürsorgeempfänger in den vergangenen zwei Jahren um jeweils 10 Prozent. In Zürich waren es in den letzten zwölf Monaten sogar 19 Prozent. Das kostet: Allein die Stadt Zürich mußte ihren Sozialhilfeetat um 20 Millionen auf 82 Millionen Franken aufstocken – vor allem, um die Beihilfen für die stark gestiegenen Mieten zu finanzieren.

Für den Bau neuer Wohnungen ist kaum Platz. Wo es Grundstücke gibt, wird wegen der hohen Zinsen und der enormen Teuerung nicht investiert. Springt die öffentliche Hand wie beim geplanten Bau von 1200 Wohnungen am Stadtrand von Bern ein, können Wenigverdienende nicht mithalten. Nicht subventioniert, würde die Miete für eine Vierzimmerwohnung 3200 Franken betragen, mit Steuermitteln kostet sie 1780 Franken – wobei der Mietvertrag eine rasche Steigerung vorsieht.

Neben den Wohnungskosten ist die Rezession mit jetzt 52 000 Arbeitslosen – mehr denn je seit 1938 – am wachsenden Elend beteiligt. Experten erwarten eine weitere Steigerung „auf das europäische Niveau von rund vier Prozent“. Im Kanton Bern sollen 1000 Lehrerstellen abgebaut werden.

Seit zehn Jahren rationalisiert die Industrie mit hohem Tempo, viele Stellen

gehen verloren, auch für Fachleute mit langer Erfahrung. Nicht einmal die Jobs bei den Banken sind mehr sicher. In fünf Jahren, prophezeit Robert A. Jeker, Präsident der Schweizerischen Kreditanstalt, werden im Geldgewerbe etwa 20 Prozent weniger Beschäftigte gebraucht.

Brasilien

Ratten im Müll

Hunger und Elend lassen eine Generation von körperlich und geistig verkrüppelten Menschen heranwachsen.

Mesías leidet stumm. Stumpf, schwarz und weit sind seine Augen, viel zu groß für den schwächtigen Körper. Seine Pupillen haben Mühe, jemanden zu fixieren. Arme und Beine rudern ziellos durch die Luft; sie sind zu schwach, den ausgemergelten Körper zu stützen.

Mesías ist sechs Jahre alt, aber er hat die Statur eines Zweijährigen. 8 Kilogramm wiegt er, 20 Kilo wären für sein Alter normal. „Manchmal klebt die Haut am Laken fest, sie löst sich dann wie Pergamentfetzen“, sagt Emilia Pessoa Perez, Kinderärztin an der Universitätsklinik von Recife im Nordosten Brasiliens.

Mitarbeiter der Stadtverwaltung brachten den entkräfteten Jungen Ende November in die Uniklinik. Seine Mutter hatte ihn ausgesetzt, weil sie ihn nicht mehr ernähren konnte. Die Kran-

kenschwestern nannten das Findelkind Mesías.

Mit Milch und einer Nährlösung aus Sojamehl versuchen die Ärzte, den Kleinen wieder aufzupäppeln. Aber die Chance ist gering, daß Mesías sich jemals so entwickeln kann wie wohlgenährte Gleichaltrige.

„Nur wenige Kinder erholen sich vollständig, wenn sie die ersten sechs oder sieben Lebensjahre unterernährt sind“, sagt Emilia Pessoa Perez. „Meist bleiben sie kleinwüchsig und haben nur reduzierte Hirnfunktionen.“

Wie Mesías werden Woche für Woche Hunderte unterernährter Kinder ins Universitätskrankenhaus von Recife eingeliefert. Die Hungersnot und das Elend im Nordosten Brasiliens lassen eine Generation von geistig und körperlich verkrüppelten „homen nanico“ heranwachsen – Zwergmenschen, wie die Brasilianer sie nennen.

„Wenig schwerer als zwei Kilo bei der Geburt und maximal 1,50 Meter Körpergröße als Erwachsener. Klein und geistig zurückgeblieben. Die Beine dürr wie ein Streichholz, die Schultern eingefallen. Es scheint, als bestehe er nur aus Haut und Knochen.“ So beschreibt Meraldo Zisman den Homen nanico in seiner Studie „Nordeste Pigmeu“ (Pygmäen-Nordosten).

Der angesehene Kinderarzt und Professor an der Universität von Pernambuco hat über einen Zeitraum von sieben Jahren mehr als 30 000 Kinder in verschiedenen Krankenhäusern von Recife untersucht und gemessen. „1990 lag das Durchschnittsgewicht der Neugeborenen bei unter 3000 Gramm“, berichtet er. „Wenn die Mutter unterernährt ist,



Unterernährtes Kind Mesías in Recife: „Klein und geistig zurückgeblieben“